

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 12

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Einzelgenahme nur gegen Vorkaufsbekahlung. — Sendungen nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln,
den 19. März 1926.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 20 Pfennig. Stellen-
gesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlreiter kosten die
Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Deutzerwall 9.
Telephonruf West 61616. — Redaktionschluss ist Samstag-
Mittag.

27. Jahrg.

Wirtschaftspessimismus.

In Deutschland befinden wir uns gegenwärtig in einer Wirtschaftskrise, unter der besonders die Arbeiterschaft außerordentlich zu leiden hat. Wer gezwungen ist, Wochen, ja Monate lang, mit den kargen Sätzen der Erwerbslosenunterstützung sein Leben zu fristen, wer trotz des besten Willens zu arbeiten, seine Arbeitskraft brachliegen lassen muß und sieht, daß seine Familie, seine Frau und Kinder oder Vater und Mutter, bis zum äußersten darben müssen, muß innerlich zermürbt werden. Die Notlage wirkt sich deshalb besonders kraft aus, weil in der hinter uns liegenden Zeit die Arbeiterschaft, trotz fleißigster Arbeit, keine Gelegenheit hatte, für kommende Notzeiten etwas zurückzulegen. Die Jahre vom Kriegsende — ohne vom Krieg selbst zu reden — bis zum Jahre 1924, in denen die Arbeiterschaft mit einem sich stets entwertenden Zahlungsmittel entlohnt wurde, haben das Geld schon außerordentlich angewachsen lassen und mit Einführung der Festwährung wurden die Löhne auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt. Lohnkämpfe von größtem Ausmaß wurden notwendig, um die vollständige Verelendung aufzuhalten. Man sollte meinen, daß alle verantwortlichen Stellen in Reich, Ländern und Gemeinden, in Industrie und Gewerbe, denen die ungünstige Lage, in der sich die Arbeiterschaft befindet, nicht unbekannt ist, alle Wege beschreiten und alle Mittel anwenden würden, um aus dem gegenwärtigen Zustand herauszukommen. Dem ist aber durchaus nicht so. Es wird gewiß außerordentlich viel geredet und geschrieben, aber von einer durchgreifenden Besserung ist wenig zu spüren. Die Haussteuer sollte eine wesentliche Belebung des Baumarktes bringen, besonders der Wohnungsbau sollte stärker gefördert werden, statt dessen sehen wir, daß die Aussichten für den Baumarkt im Jahre 1926 noch geringer sind, wie im Vorjahre. Seit Monaten ist es nicht still geworden vom Preisniveau, aber niemand wirkt viel davon. Als Erfolg wird jetzt schon angesehen, daß die Preise nicht noch mehr gestiegen sind. Ob das Preisniveau in einem gesunden Verhältnis steht zum Einkommen des Arbeiters, danach wird schon garnicht mehr gefragt.

Ist es verwunderlich, wenn angesichts dieser Verhältnisse ein großer Pessimismus in der Arbeiterschaft sich breit macht? Pessimismus und Radikalismus gedeihen am besten bei Verhältnissen, wie wir sie heute haben. Beide Wesensarten entbehren dem Gefühl und nicht dem klaren Verstand. Vor beiden muß die Arbeiterschaft auf das nachdrücklichste gewarnt werden. Besonders ein übertriebener Wirtschaftspessimismus kann der Arbeiterschaft gefährlich werden. Der Arbeiter betrachtet die wirtschaftlichen Verhältnisse meistens vom engen Gesichtspunkte des einzelnen Betriebes aus. Die ganzen Zusammenhänge sieht er nicht und ist dann zu leicht geneigt, einer angeblichen Notlage des Betriebes durch Verzicht auf erworbenene Rechte Rechnung zu tragen. Dabei wird es dann notwendig, die an sich schon dürftige Lebenshaltung noch weiter einzuschränken und die Gesundheit wird ruiniert.

In Deutschland ist in den Jahren nach dem Kriege ein Wirtschaftspessimismus geradezu geübt worden. Es erscheint verständlich, wenn die verantwortlichen Leiter der deutschen Außenpolitik die deutsche Wirtschaft als wenig ertragreich darstellten. Bei Schaffung des Friedensvertrages war der deutsche Einfluss ausgeschaltet und die früheren Feinde verlangten durch Diktat unmögliche Leistungen. Es wäre geradezu verhängnisvoll gewesen, die damalige wirtschaftliche Lage optimistisch zu schillern. Wenn wir den Zustand Deutschlands in den ersten Jahren nach dem Kriege mit dem von heute vergleichen, dann ist es erstaunlich, wie schnell eine Genesung herbeigeführt worden ist. Eisenbahn, Post und Telegraph sind heute wieder in tadelloser Ordnung. Der Bestand an Lokomotiven und Wagen, trotz großer Ablieferungen infolge des Friedensvertrages, ist vollständig ersetzt, ja der Vorkriegsstand wesentlich überschritten. Die Handelsflotte, die fast reißlos Deutschland genommen wurde, zu einem ganz erheblichen Teile durch Neubauten wieder beschafft. In der Produktion sind, trotz der Klagen der interessierten Kreise, Ergebnisse zu verzeichnen, die in manchen Industriezweigen wesentlich über den Vorkriegsstand hinausreichen.

So erstaunlich nun die Wiedergesundung ist, so muß doch leider festgestellt werden, daß diese durch eine erzwungene unerhörte Notlage der arbeitenden Schichten herbeigeführt worden ist. Die von Regierungsseite bei den Verhandlungen mit unseren Kriegsgegnern gegebene Darstellung der Lage Deutschlands hatte im Ausland die Wirkung, daß alle, die wirtschaftliche Macht in Händen hatten, in ein großes Klage-

lied einstimmten. Von allen abhängigen Existenzen wurde verlangt, ihre Lebensweise auf das äußerste Maß einzuschränken. Nie ist der Unterschied zwischen arm und reich so kraft jutage getreten, wie in den verflochtenen Jahren. Man verlangte Einschränkung von der Arbeiterschaft, aber selbst glaubte man ein Leben in Luxus führen zu können. Wer Gelegenheit gehabt hat, bei Lohnverhandlungen auch zu jener Zeit die Klagelieder der Arbeitgeber zu hören, kann unmöglich diese später noch glauben.

Und auch heute noch haben wir in Deutschland, genau wie in den letzten Jahren, interessierte Kreise, die in Jammerpropaganda machen und systematisch einen Wirtschaftspessimismus züchten, um eigensüchtige Zwecke und Ziele zu erreichen. Diese Kreise sind heute allerdings an Zahl geringer, aber um so einflussreicher. In der Hauptsache handelt es sich hier um die Großindustrie. Ihre Ziele sind auf lange Sicht eingestellt. Zunächst geht ihr Streben nach wie vor dahin, die Mitbestimmung der Arbeiter im Produktionsprozeß zu verhindern bzw. auszuschalten. Sie wissen ganz genau, daß das Ausschalten nicht gelingt, wenn die Arbeiter in Gewerkschaften zusammengeschlossen sind. Die Ausschaltung wird aber möglich, wenn der einzelne Arbeiter dem Arbeitgeber wieder gegenübersteht. Den Gewerkschaften nur ist es möglich, aus der Arbeiterschaft Leute heranzubilden, die über das notwendige Maß von Kenntnissen verfügen, um sich einen Einblick in die verschlungenen Pfade der Volks- und Produktionswirtschaft zu verschaffen und die Arbeiter erfolgreich vertreten zu können, sei es nun im Betriebe oder bei sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen. Nur die Gewerkschaft gibt solchen Arbeitern den notwendigen Rückhalt, hier finden sie Schutz und Stütze. Der Kampf gilt also vornehmlich den Gewerkschaften. Krisenzeiten scheinen ihnen nun sehr geeignet, die Arbeiter den Gewerkschaften abgeneigt zu machen. Man schiebt einfach die Schuld an solchen Wirtschaftskrisen den Gewerkschaften zu. Sie seien es, die durch übertriebene Lohnforderungen und, wie man sich so schön ausdrücken versteht, durch den „Schematismus der Tarifverträge“ die Wirtschaft und die Betriebe zum Erliegen brächten. Zunächst verweigert man besonders guten Arbeitern einen ihren Leistungen entsprechenden Lohn, weil es angeblich nicht zulässig sei und der Tarifvertrag eben nur diesen Lohn vorschreibe. Man verspricht höhere Löhne, wenn kein Tarifvertrag bestehen würde oder der Arbeiter aus dem Verband austräte. Wie mancher Arbeiter hat sich dadurch bereden lassen und ist der Gewerkschaft untreu geworden. Später stellt man die Arbeiter vor die Wahl, entweder Kurzarbeit oder Betriebsstilllegung, also Arbeitslosigkeit oder Lohnkürzungen bei längerer Arbeitszeit in Kauf zu nehmen. Man sage nicht, daß solches immer nur Einzelfälle wären. Es dürfte noch in guter Erinnerung sein, wie im Sommer vorigen Jahres, als der Lohn der Maurer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf 1,10 Mark pro Stunde festgesetzt wurde, die gesamte Großindustrie in diesem Gebiet die Bauten stilllegte und darüber hinaus bei Kommunen und sonstigen Behörden ihren Einfluss geltend machte, damit auch diese ihrem Beispiel folgten. Auf die übrigen Gewerbe und Berufe übte man einen Druck aus, damit auch diese durch Arbeitslosigkeit die Arbeiter mürbe machen sollten. Mit welcher Brutalität man gegen die Arbeiter der eigenen Betriebe vorging, beweist, daß, als eine Lohnhöhung von 5% durch Schiedspruch festgelegt worden war, auch 5% der Arbeiter entlassen wurden, ganz gleich, ob der Betrieb Beschäftigung für alle hatte oder nicht. Hier zeigt sich so recht, was diese Kreise wollen; der Erfolg der Gewerkschaft soll für eine große Zahl von Arbeitern zum persönlichen Nachteil sich auswirken. Bei der Arbeiterschaft soll das Gefühl erweckt werden, daß auch der Zusammenschluß ihnen nicht helfen könne und es doch schließlich besser sei, sich auf Gnade und Barmherzigkeit dem Unternehmer auszuliefern und den Beitrag zur Organisation zu sparen. Hat man die Arbeiterschaft dann erst soweit, so ist das Verhältnis von „Herr und Knecht“ wieder hergestellt. Es sieht der Arbeiter in seinem Arbeitskollegen nicht mehr seinen Standesgenossen, der mit ihm mit ganzer Seele am Aufwärtstreben seines Standes wirkt und arbeitet, sondern seinen Konkurrenten im Arbeitsprozeß, dem er mit Mißtrauen begegnen muß, weil er, aus Furcht vor Entlassung, vor Brotlösmachung, zum Antrager, zum Schemaroker wird. Damit sind auch die herrlichen Zeiten wieder da, die gewisse Kreise erstreben. Um dieses Ziel zu erreichen, läßt man es sich auch etwas kosten, heute keine Kosten, den Pessimismus zu fördern und schreckt auch nicht davor zurück, natürliche Krisenerscheinungen künstlich zu vergrößern.

Darüber hinaus erstrebt man noch andere Ziele. Durch Abbau der Löhne und der Hochhaltung der Preise im innern Deutschlands, sollen alle Lohnempfänger zu einer gewaltigen Sparsamkeit im Verbrauch gezwungen werden, die selbst das Notwendigste zum Leben außer acht läßt. Die Wiedereroberung des Auslandsmarktes und eine möglichst schnelle Kapitalneubildung soll auf Kosten der Arbeiterschaft erreicht werden. Die Arbeiterschaft soll büßen für die Unterlassungssünden der Industrie in den letzten Jahren. Mag darüber auch der Inlandsmarkt zum Teufel gehen, desto besser. Je mehr selbständige Existenzen, die für den Inlandsmarkt arbeiten, zugrunde gehen, oder unter die Zuchttrute der Großindustrie und der mit ihr verbündeten Großbanken geraten, um so besser und sicherer erreicht man das Ziel: vollständige Beherrschung der gesamten Wirtschaft und Herrschaft im Staat. Was schert diese Leute Volkselend und Unterernährung eines großen Teiles des deutschen Volkes, was Wohnungsnot und sittlicher Verfall in den Winkeln der Großstädte, wenn nur ein äußerer Firnis bleibt und ihr machtpolitisches Streben verwirklicht wird.

Arbeiter, merkt auf! Der in letzter Zeit übermäßig gezüchtete Wirtschaftspessimismus und die gegenwärtige künstlich verschärfte Wirtschaftskrise soll zum Lohndruck ausgenutzt werden und soll euch das Vertrauen zu eurer Gewerkschaft rauben, damit ihr später wehrlos einer noch größeren Ausbeutung preisgegeben seid. Wer das nicht will, wer Menschenrecht und Menschenwürde erstrebt, muß heute nicht nur seiner Organisation die Treue halten, nein, er muß mehr wie je für die zahlenmäßige und finanzielle Stärkung des Verbandes, für seine Interessenvertretung werben.

Die Jugend unseres Verbandes.

Der Aufruf unserer Verbandsleitung vorigen Jahres, sowie die Stellungnahme des Verbandstages betreffend die Erfassung der Jugend und die Sorge für dieselbe ist nicht ohne Erfolg geblieben. Eine stattliche Anzahl von Jugendgruppen innerhalb der einzelnen Verwaltungskreise des Verbandes wurden errichtet, und fortwährend laufen Berichte über Neugründungen ein. Das ist eine erfreuliche Tatsache, erfreulich vor allem angesichts der allgemein bedrückten Wirtschaftslage, die auf das Gewerkschaftsleben an sich ungünstig einwirkt. Der Zuwachs aus Jugendkreisen ist der beste Beweis für pulsierendes Verbandsleben, und nicht zuletzt für den Aufstieg des Verbandes. Diesen Aufstieg nach Kräften zu fördern, ist eine eminent wichtige Aufgabe aller Mitglieder unseres Verbandes.

Oftern, die Zeit der Schulentlassungen steht bevor. Viele Tausende junger Leute treten damit einen neuen Lebensabschnitt an, viele Tausende treten auch in den Berufsstand ein, dessen Hebung unsere Verbandsaufgabe ist. Für diese neu eintretenden jungen Berufsgenossen gilt es, in jeder Weise zu sorgen, daß sie gute Glieder des Berufsstandes werden. Die gewerkschaftliche Mithilfe hierzu ist unentbehrlich. Mögen Berufsschule und sonstige Einrichtung zur Förderung eines gesunden Nachwuchses im gewerblichen Leben gut, auch unentbehrlich sein, gewerkschaftliche Mithilfe ist ebenso notwendig. Sie ist notwendig vor allem, weil die heutige Wirtschaft noch viel zu wenig Rücksicht auf Menschentum nimmt, vielmehr den Menschen als für die Wirtschaft bestimmt betrachtet.

Unsere Auffassung besteht bekanntlich darin, daß die Wirtschaft für den Menschen da ist, und demzufolge auch für den Menschen zu handhaben ist. In letzter Zeit werden gar viele Stimmen laut, die der Befürchtung Ausdruck geben, daß in den kommenden Jahren ein Mangel an Facharbeitern und gelernten Handwerkern eintreten würde infolge des Geburtenausfalles durch den Krieg. Man macht sogar den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie aus lohnpolitischen Gründen kein Interesse an einem Facharbeiterzuwachs hätten. Wir sind solche Vorwürfe ja gewöhnt. Es gibt eben leider eine große Schicht deutschen Volkes, die in den Gewerkschaften immer den „bösen Geist“ sieht und auch sehen wird, weil die Gewerkschaften mit Erfolg die Entrechtung und wirtschaftliche Unterwürfigkeit bekämpfen. Es gibt keine Gewerkschaft, wenigstens keine solche, die den Namen Gewerkschaft verdient, die aus lohnpolitischen Gründen einen Zuwachs an gelernten Facharbeitern ungerne sähe. Jeder Kenner gewerkschaftlichen Lebens weiß, daß lohnpolitische Erfolge in der Hauptsache nur mit tüchtigen, vor allem gelernten Arbeitern zu erzielen sind. Deshalb ist es Unfug, wenn gewisse Leute, auch selbst gelehrt sein wollende, solche Urteile über die Gewerkschaften abgeben. Doch darauf kommt es in dieser Abhandlung eigentlich nicht an.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß demnächst viele junge Leute aus der Schule entlassen und einem Berufe zugeführt werden. Diese neuen Berufsgenossen mit in den Kreis echter Menschheitspflege, echter Menschenliebe und gesunden Menschenwillens einzuweihen, ist und bleibt eine vornehme Aufgabe unseres Berufsverbandes. Wir wollen und müssen unsere jungen angehenden Kollegen zu guten christlichen Gewerkschaftlern, und gleichzeitig zu den bestmöglichen, fachlich tüchtigen Mitarbeitern machen. Selingt uns das, dann ist unser Aufstieg im Wirtschaftsleben sicher und überhaupt nur möglich. Dadurch leisten wir auch der Wirtschaft einen Dienst, wie er besser und wertvoller nicht geleistet werden kann.

In diesem Bestreben lassen wir uns von keiner Seite behindern. Die Lehrjahre und die Lehrverhältnisse müssen von uns unter allen Umständen bestens überwacht werden. Daneben müssen alle unsere älteren Kollegen in allen Werkstätten selbst mithelfen, daß unsere Jungen etwas lernen. Wenn auch weiten Kreisen unserer Arbeitgeber, auch der Handwerksmeister, unser Eingreifen und Ueberwachung der Lehrverhältnisse noch ein Dorn im Auge sind, wenn man auch noch krampfhaft versucht, die Gleichberechtigung der Gesellen mit den Meistern bezüglich Lehrlingshaltung und -Ausbildung vorzuenthalten, so darf uns das nicht hindern, kräftig sich um die Lehrlinge zu bemühen.

Schon lange erwarten wir die endliche Verabschiedung des vorbereiteten Gesetzes zur Ausbildung Jugendlicher, durch welches auch den Arbeitern und Gesellen das Mitbestimmungsrecht über die Lehrlingshaltung und -Ausbildung wahrheitsgemäß werden soll. Die Hindernisse scheinen, wenn nicht alles täuscht, in dem Widerstand der Arbeitgeber begründet zu sein, wie man zurzeit überhaupt anscheinend glaubt, im öffentlichen und staatlichen Leben den Arbeiter wieder wie früher ignorieren zu können.

All diese Umstände müssen uns Veranlassung geben, in allen Jahrestellen unsere Jugendgruppen zu pflegen, und vor allem demnächst die in den Beruf neu eintretenden Jungen zu gewinnen. Die verbandsförmig hierfür erlassenen Richtlinien müssen genau befolgt und gehandhabt werden. Wo Jugendgruppen noch nicht bestehen, aber die Voraussetzung zur Gründung gegeben sind, muß die Gründung un verzögert vollzogen werden. Unser Verband hat im übrigen wohl in allen Jahrestellen geeignete und fähige Kollegen, die das Amt eines Jugendführers sehr wohl übernehmen können. Die Arbeit an der Jugend ist eine dankbare. Engste Fühlung mit dem Elternhaus ist dabei sehr zu empfehlen. Die Eltern müssen wissen, daß ihre Jungen in guter Obhut sind, und daß unser Verband den Jungen hilft und helfen kann.

Geeignetes Material zur Führung der Jugendgruppen geht bei Anrechnung einer solchen, der betreffenden Jahrestelle zu. In fachlicher Hinsicht bietet unsere Fachschrift „Handwerkerkunst im Holzgewerbe“ vorzügliches Material zur Bildung unserer Schreinerlehrlinge. Für die gewerkschaftliche Erziehung und Festigung des Charakters unserer Jungen steht den Jungen unser „Bewegungs-“ zur Verfügung, der jedem Jungen anscheinend werden muß. Hinzukommen muß das belehrende Wort in dazu veranstalteten Jugendversammlungen, Besichtigungen usw. Wo irgendwie es zu ermöglichen ist, müssen geeignete Fachkurse (im Zeichnen, Feilen, Polieren, Treppenbau usw.) abgehalten werden.

Was wir für unsere Jugend tun, leisten wir zur Hebung unseres Berufsstandes. Darum muß die Parole in diesem Frühjahr heißen:

Den letzten Lehrling und jugendlichen Holzarbeiter hinein in den Zentralverband christlicher Holzarbeiter.

Berufsausbildung, Industrie und Gewerkschaften.

Von Dr. Emil van den Boom, M.-Glöblich.

Voran liegt es, daß Gedanken und Bestrebungen, die von christlichen Sozialreformern seit Jahrzehnten propagiert wurden, heute in maßgebenden Kreisen der deutschen Industrie teilweise wenigstens Anerkennung und tatkräftige Unterstützung finden? Wir meinen hier den Gedanken berufskundlicher Gemeinschaftsarbeit in derjenigen Wirtschaftsgruppe, die das Herkommen berufständischen Lebens so schnell verließ, in der heute die sozialen Reibungsflächen aber nach neuem Kontakt beruflich gemeinsamer Arbeit drängen.

Im einzelnen braucht auf die unaufhörlichen Bemühungen sozialreformistischer Kreise, durch Höherbewertung der Arbeitsleistungen im Produktionsprozeß, insbesondere auch der menschlichen Persönlichkeit, die Voraussetzungen für eine größere soziale Verständigung und Festigung zu schaffen, nicht eingegangen zu werden. Das Bemühen war hier überall: eine neue gesellschaftliche Eingliederung der durch Korporationsbildung zu neuem Selbstbewußtsein gekommenen Arbeiterklasse zu erreichen. Was bisher an der eigenen gesellschaftlichen Ueberbewertung des Unternehmerstandes und umgekehrt an der aus dem sozialgeschichtlichen Entwicklungsprozeß an sich erklärbaren Klassenkampfs des Gros der deutschen Arbeitnehmerschaft Scheiterte, braucht nicht ein für allemal für eine Verwirklichung aussichtslos zu sein. Neue Reime sprießen und bieten bisher nicht gekannte Ansätze für eine wertvolle berufskundliche Gemeinschaftsarbeit.

Vor einigen Wochen hat gelegentlich einer Tagung des beim Reichsverband der Deutschen Industrie befindlichen „Arbeitsausschusses für Berufsausbildung“ der Vorsitzende dieses Ausschusses, Geheimrat Graf v. Borstig, sich in einer besonderen Erklärung für die Hinzuziehung der Gewerkschaften zu den Arbeiten für die berufliche Ausbildung der Industriearbeiter ausgesprochen. Es handelt sich hier um ein wichtiges Problem der Gesamtindustrie. Ein gesunder, geschulter und geistig hochstehender Arbeiterstand ist das uns heute verbliebene wichtigste Wirtschaftsvermögen. Seine Erhaltung und Stärkung ist eine Existenzfrage der Wirtschaft und des Staates. Die Frage der berufsmäßigen Erziehung der Jugend wird um so dringender, als wir in absehbarer Zeit als Folge des Krieges mit einem erheblichen Ausfall an berufstüchtigen Nachwuchs zu rechnen haben werden. Nimmt man doch in unterrichteten Kreisen an, daß die Zahl der zur Entlassung kommenden Schüler, die Ostern 1929 voraussichtlich 1,2 Millionen beträgt, bis zum Jahre 1932 auf wahrscheinlich 650 000, d. h. auf nahezu die Hälfte sinken wird. Wir haben dann einen Mangel an Qualitätsarbeitern in dem Augenblick, wo diese mit Rücksicht auf unsere Stellung auf dem Weltmarkt besonders nötig sind.

Spricht also dieser Umstand bereits dafür, der Frage der beruflichen Ausbildung der Jugend, unter Heranziehung der Gewerkschaften zur Mitwirkung, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, so kommt als weiterer Grund dazu, daß zur Zeit beim Reichswirtschaftsminister ein Entwurf zu einem

Berufsausbildungsgesetz vorliegt. Wird dieser Entwurf Gesetz, so beginnt hier eine Entwicklung, die ganz unerwartete Ausblicke eröffnet. Es ist nämlich vorgesehen, daß die Gesamtheit aller mit der werkstatt- und schulmäßigen Ausbildung der Arbeiter zusammenhängenden Fragen durch fachlich und bezirklich eingesezte Ausschüsse bearbeitet werden sollen. Diese Ausschüsse werden bei den Handelskammern unter gleich starker Verteilung der Sitze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet. Das ist auf den ersten Blick ungewöhnlich; denn es sind gerade die Handelskammern, die sich bisher ängstlich gegen eine gesetzlich festgelegte paritätische Zusammenarbeit mit Arbeitnehmern sträubten, dazu ausersehen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Fachgruppen dazu anzuhalten, für die Glüte ihres beruflichen Nachwuchses gemeinsam zu sorgen. Diese Bestimmung dürfte, angesichts der zunehmenden Bedeutung der Arbeitskraft innerhalb der Produktionsfaktoren in Deutschland und der vielfachen antiparitätischen Instinkte auch in Nicht-Arbeitnehmerkreisen als ein genialer Wurf des Gesetzgebers anzusehen sein.

Daß die beiden sozialen Parteien hierdurch gezwungen werden, durch Sachverständige beider Richtungen und gleicher Anzahl die Ausbildungsfragen des Arbeiternachwuchses im Handwerk und in der Industrie in Ausschüssen zu bearbeiten, sollte eigentlich die formale Befestigung einer Selbstverständlichkeit sein. Wie aber war der bisherige Zustand? Dr. Wilden hat kürzlich (Nr. 22 der Zeitschrift für die Handelskammer Düsseldorf 1925) auf den privatwirtschaftlichen Zwang der Industriewerke zur Heranbildung eines genügenden Werksnachwuchses hingewiesen. Es ist auch bekannt, daß seit Jahrzehnten in einzelnen Industriebetrieben, vornehmlich der Maschinenindustrie, neuerdings auch der Schwerindustrie, eine vorzügliche, systematische Ausbildung der jugendlichen Arbeiter betrieben wurde. Woran jedoch die bisherige Handhabung krankte, ist folgendes. Die Industrie hat besonders nach dem Kriege nicht gedacht, daß die Betreuung der Ausbildung der jugendlichen Arbeiter für alle Volksschichten so wichtig geworden ist, daß hierbei keineswegs nur ein Werkinteresse vorlag. Sodann ist es aus fachlichen und pädagogischen Gründen nicht zu verantworten, daß diese für 80% unseres Volkes lebenswichtigen Fragen zu Geschäftsobjekten in den Tarifverträgen (Lehrzeit, Lohn, Ferien usw.) herabgedrückt wurden. Es wirkt ein treffendes Licht auf die sozialen Beziehungen in unserer Industrie, daß man es nicht verstand und nicht wagte, das private Interesse beider Parteien an diesem Gebiet in das richtige Verhältnis zu bringen. Bei den Arbeitgebern lag es an Vorurteilen, die mit den modernen sozialen Verhältnissen unvereinbar sind, und an dem typischen Mangel an Mut zu neuen gesellschaftlichen Formen. Bei den Arbeitnehmern war es zum Teil ein Mangel an Mut zu selbstverantwortlicher Kleinarbeit, zum anderen Teil eine Ermüdung, beeinflusst durch diejenigen Widerstände, die das Betriebsratsgesetz fand. Falls es es jedenfalls, wenn gesagt wird, die Arbeiterschaft bemühe sich in ihren Fachverbänden nicht um die Aufhebung beruflicher Bildung. Das Gegenteil ist leicht nachzuweisen.

Herr v. Borstig hat also wahrscheinlich nicht ohne Rücksicht auf diese bevorstehende gesetzliche Regelung von der erwünschten Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern gesprochen. Von freigewerkschaftlicher Seite ist sein Angebot gern aufgenommen worden. Wurde doch von maßgebender gewerkschaftlicher Seite ihm im „Vorwärts“ erwidert: „Die

Stadt und Wirtschaft im Mittelalter.

Stadtlust macht frei. — Das ist die Antithese der leibigenen Feudalwirtschaft des Mittelalters. Auf abgegrenztem Stadtgebiet von reichhaltigen Mauern und tiefen Gräben umgeben, wohnt in der Stadt in ursprünglich festen Bauernhäusern mit Hof, Stall und Scheune, ein Geschlecht von bürgerlichen Handwerkern, das aus Fronhöfen und Klosterhofstätten abgewandert. Wiese und Wald gemeinsam nutzt, und reizen an Corven und Cürven Woche geht, zum Schutz gegen feindlichen Ueberfall. Die Stadt ist also ein fester Platz, ein Bollwerk gegen kriegerische Willkür. Sie beherrscht das vor ihr liegende flache Land, dessen Bewohner die Inhabhaltung ihrer Befreiungen durch Hand- und Spanndienste zu unterhalten. — Leben und nimmt in Halle der Gefahr des zurückbleibenden Landvolks hinter ihren Mauern auf. Das eine wie das andere ist „Vergründ“. Dieser macht rein äußerliche Charakter kommt in der germanischen Bezeichnung für „Stadt“ klar zum Ausdruck: — „Stad“, Befestigung, Burg, „Burgensis“ folgen auch die Grundzüge.

Unter den freien Mannern aber, den selbstbestimmten Corven und Cürven Mannen, schloß sich eine besondere Entwicklung. Das Leben trat der agrarische Charakter hinter das Handwerk zurück. Die Sorge für die Lebensunterhaltung ging auf das vorwiegend Land über, dem Abkömmling der den städtischen Bedarf deckenden Handwerkerzünfte. Der städtische Markt ist auch nur vor das Zentrum des gegenseitigen Austausches. Er ist der beherrschende Platz der ganzen städtischen Wirtschaft. Hier haben am Marktplatz die Glöbe, Bäcker, Metzger und Metzger, die Weber, Schmeide, Sperrmacher, der Schmied, Tischler, Sattler, Kleiner, Töpfer und Handwerker der Tuch-, Holz-, Eisen-, Gerberei- und Färbereibetriebe die Plätze der Fleischer und die Halle der Kürschner haben die Herberge und das Rathaus. Von hier aus streifen die Straßen ab zu den Stadthöfen. Um den Markt herumziehen sich die Straßen der Handwerker. Große Handwerkerbetriebe stehen in gleicher Straße beisammen, und noch heute sind schon die dunklen Anstrichschilde und die vor den Fenstern aufgestellten Gegenstände die Art der Straßenordnung. Da gab es die Wollwäber und Kappenmacher, die Tuchmacher und den Stroh-„Fleischer“, die

und den „Glatten Dal“, „oder Haseverweren“, „under pannenlegeren“, „under wopenflickeren“.

Das war ein buntes Treiben hin und her. Was in der Stadt gebraucht wurde, machte entweder auf dem Markte gekauft oder bei einem Handwerker bestellt werden. Läden konnte jene Zeit noch nicht. So kam es, daß am Wochenmarkt das Leben auf dem Marktplatz am buntesten war, galt es doch, den Bedarf für die ganze kommende Woche einzukaufen. Aber nicht wie wir es heute kennen. Man kaufte nicht direkt vom Händler oder Handwerker, sondern durch obrigkeitliche Unterverkäufer, Messer und Wäger. Der Kauf war eben noch mehr Lauseh, die Ware — Kaufsgut. Auch hatte der städtische Handwerker das alleinige Verkaufsrecht auf dem Markte, es sei denn, daß ein Handwerk nicht in der Stadt vertreten war. Das galt in der Stadt das Prinzip, daß alles, was in der Stadt gebraucht wurde, auch in der Stadt hergestellt werden sollte. Entstanden nun neue Bedürfnisse und glaubte der Rat, daß ein neues Gewerbe seinen Platz in der Stadt erübrigen könnte, so berief er einen geschickten Meister von außerhalb und bewog ihn durch Steuererlaß oder ähnliches zur Niederlassung. Bedurfte er für sein Gewerbe größeres Anlagekapital, so stellte man ihm auch dieses zur Verfügung, damit auf Stadtkosten: Mühlen, Schleifwerke, Ziehwerke, Bleichen, Wollwäber — und auch auf diese Art allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Von den Handwerkern aber verlangte man, daß sie „gerechte Arbeit“ leisten sollten; denn das Handwerk war ein Amt, ja ein Beruf, das zum allgemeinen Besten werden mußte. Darum mußten auch die Verkäufer gleicher Erzeugnisse in offener Wettbewerb nebeneinander auf dem Markte ihre Waren feilhalten, übernahm nicht Marktschreier und Schasbeamten. Das war Marktrecht.

Wer zum Marktplatz zog, suchte besonders häufig den Schutz, den Schutz der Marktschreier. Dieser war hervorgegangen aus dem „denenden Sticker“ in der Stadt — dem „Burgfrieden“, der zunächst auf dem abgegrenzten Markte herrschen sollte, aber mit zunehmender Gewerbedichte auf die übrige Stadt hinter den Mauern ausgedehnt, und als nachheriger „Stadtfriede“ auch auf die Stadthöfe und das Land übertragen wurde. Dieser Schutz galt sowohl für den Hin- und Rückweg der Marktschreier, welche — Kaufleute genannt wurden. Die Ent-

sehen wir aus dem Markthandel mit dem Lande einen Ueberlandhandel von Stadt zu Stadt entstehen. Damit verändert sich das Bild abermals. Nun kommt frisches Leben und kühner Unternehmungsgestalt in die Wirtschaft. Auf breiten, massigen Rädern rollen festgezurrt, schwerbeladene Planwagen mit Knechten und Keilgen im Gefolge von Stadt zu Stadt, die Erzeugnisse heimischen Gewerbestandes ins Land tragend. Da kündigt froher Hörnerklang die Ankunft eines Transportes von den Corven. Herin rollen, von kräftigen Pferden gezogen, die hochbeladenen Wagen, von stammenden Menschen umringt. Da geht es durch winklige Straßen, vorbei an kleinen einstöckigen und geräumigen Stadthäusern, massigen Fachwerkhäusern mit Zibwerk geschmückten Ecken und kunstvollen Glöben; mit Lagerhäusern zur Seite, deren übereinanderliegende Reihen tief eingebauten Fensterrahmen über breitem Corve, von einem unter dem spitzigen Dache hervorspringenden eisernen Wende mit erdlichem Ton gekrönt werden. Vorbei an den Häusern der Zünfte und des Adels, vorbei an buntschleierten Menschen und farbenfrohen Strophenbildern, an altgotischen Kirchen und zinnengeschmückten Türmen — der Herberge zu.

Die Entwicklung hat die vielen Stadtgründungen, welche in das Mittelalter fallen, nicht alle zu einer gleichen Bedeutung erhoben. Nur diejenigen, welche eine besondere glückliche Lage hatten, deren Gewerbebetriebe zu außerordentlichen Leistungen befähigte, konnten zu den großen Wirtschaftszentren werden, zu denen sie sich hinaufgeschwungen haben. Die anderen kamen über den Rahmen des Durchschnitts kaum hinaus oder gingen unter, wie sie entstanden waren. Aber die Großen ihrer Zeit: Köln, Straßburg, Frankfurt, Augsburg, Nürnberg usw., waren doch von übertragender Bedeutung. Sie haben ihre Zeit beherrscht. Eine der mächtigsten aber war das mittelalterliche Köln mit seinem hervorragenden Textilgewerbe und seiner Goldschmiede- und Emaillehandwerk. Köln hatte schon zu einer Zeit, wo in anderen Städten weder die Gewerbe noch der Schmiedebetriebe noch das Sattler- oder Schilderhandwerk getrennt war, 61 verschiedene Gewerbe, und bot wahrscheinlich 20-25 000 Menschen den Wohlstand. Das war im 12. Jahrhundert. Also drei Jahrhunderte früher da angekommen, wo erst im 15. Jahrhundert das über nicht unbedeutende Lübeck und das mächtige Stralsund gelangten.

Gewerkschaften sind seit jeher für eine Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete der Berufsausbildung eingetreten. Sie werden bei der Regelung jener so stark interessierenden Fragen ihre Bereitwilligkeit zur Mitwirkung nicht auf die geforderten, durch Gesetz zu erfassenden, paritätischen Körperschaften beschränken. Für durch freiwillige Vereinbarungen zustande gekommene paritätische Arbeitsausschüsse wird für sie derselbe grundsätzliche Standpunkt geltend. Gerade die gegenwärtige Zeit der Umwandlung der Arbeits- und daher auch Ausbildungsmethoden läßt den Gewerkschaften ein Mitwirken am Studium der daraus entstehenden Probleme als besonders wertvoll erscheinen. Es ist deshalb wohl mit Recht anzunehmen, daß es nicht schwer sein wird, beiderseitigen guten Willen vorausgesetzt, die geeignete Form für solche Zusammenarbeit auf diesem Gebiete zu finden. Diese gemeinsame Tätigkeit könnte viel Gutes für den jugendlichen Nachwuchs, für die Arbeiterschaft überhaupt und auch für die gesamte Volkswirtschaft ergeben."

Dieses ehrliche Händereichen zur Erledigung wichtiger gemeinsamer Aufgaben im industriellen Leben erscheint uns wertvoller als das vielfach übliche Aufzeigen aller möglichen „neuen“ Wege zum sozialen Frieden, wobei neuerdings besonders die noch ungenügend geklärte Idee der Werks-gemeinschaft eine Rolle spielt. Vorläufig scheinen uns für diesen Weg zum sozialen Frieden die Voraussetzungen noch recht weit entfernt zu liegen.

Wirtschaftliche Freiheit oder Zwang.

Wir sind Gegner der Zwangswirtschaft. Trotzdem hätten wir sie da für angebracht, wo ein vorübergehender Notstand eintritt. Das war bei der Lebensmittelversorgung während des Krieges, ist zurzeit bei der Wohnungswirtschaft der Fall und kann auch in anderen Fällen vorübergehend notwendig werden. Die Landwirtschaft, der Handel und das Unternehmertum sind grundsätzlich für die freie Wirtschaft. Sie lehnen jede Zwangswirtschaft ab, der Sturm gegen die Lebensmittelschwirtschaft, Wohnungswirtschaft, Zwang auf die Preisgestaltung durch Preisprüfstellen und Wuchergesetze ist bekannt. Nur da wollen sie die Zwangswirtschaft, wo sie einen Vorteil davon haben. Dann verstehen sie es, den Schutz der Regierung anzurufen für die „notleidende Landwirtschaft“ oder „den in seiner Existenz bedrohten Mittelstand“ usw. Eigenartig ist aber, daß diejenigen, die sich so sehr gegen die Zwangswirtschaft wenden, nichts dagegen einzuwenden haben, sich einem freiwillig herbeigeführten Zwang zu unterwerfen. Sind Kartelle, Syndikate, Ringbildungen etwas anderes als eine Zwangswirtschaft? Wir glauben nein, denn der einzelne ist in seiner Freiheit gebunden, ihm wird vorgeschrieben, wieviel Ware er liefern darf, zu welchen Preisen er liefern muß, ihm werden bestimmte Bezirke als Absatzgebiete zugewiesen, er darf sich nur bei Ausschreibungen in beschränktem Umfange beteiligen, eine wirtschaftliche Freiheit des Wettbewerbs kennen die Mitglieder derartiger Vereinigungen nicht. Von einer freien Konkurrenz kann absolut nicht mehr die Rede sein. Wer gegen die Bestimmungen der genannten Vereinigungen verstößt, erhält hohe Geldstrafen. Es werden ihm die Lieferungen gesperrt, das System der schwarzen Listen tritt in Funktion, in öffentlichen Versammlungen wird er an den Pranger gestellt, seine Existenz wird sogar vernichtet. Selbst die Unternehmer fürchten diese Vereinigungen, in denen wenige große, die die Konkurrenz der vielen kleinen beschränken, zu bestimmen haben. Sie können sich aber nicht dagegen auflehnen.

Die Regierung drängt auf einen Preisabbau. Als Maßnahme, einen Preisabbau zu erwirken, hat sie in Artikel II des Entwurfes eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues Bestimmungen aufgenommen, die sich gegen die Ringbildungen richten. An und für sich soll die Ringbildung nicht verboten sein, es soll nur vorgeschrieben werden, daß derjenige, der bei einer Vergabung von Lieferungen oder Leistungen im Wege einer allgemeinen oder beschränkten Ausschreibung ein Angebot einreicht, verpflichtet sein soll, anzugeben, ob die in dem Angebot aufgeführten Preise und Bedingungen auf Grund einer Verständigung mit einem Dritten gestellt worden, oder ob er in sonstiger Weise an der Beschränkung des Wettbewerbs in bezug auf diese Vergabung beteiligt ist oder ihr unterliegt. In der Begründung zu dem Entwurf wird gesagt: „Die vorstehenden Maßnahmen dienen dem Zwecke, bei Vergabung von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz in vollem Umfange wieder zur Geltung kommen zu lassen.“ Mit anderen Worten, Kampf gegen die Zwangswirtschaft, die von den Unternehmern selbst ausgeht. Nun leben wir das Gegenteil. Jetzt wendet sich die Unternehmerschaft gegen die Bestrebungen, ihre eigene Zwangswirtschaft zu beseitigen, und tritt für Beibehaltung derselben ein. Sie hat wahrscheinlich Ursache dazu. Nicht insonderheit zeigt sich das Unternehmertum außerordentlich beunruhigt, und ist entrüstet über das Gesetz.

Heute ist es so. In den Ringen sind Unternehmer eines bestimmten Gewerbezweiges zusammengeschlossen. Der hauptsächlichste Zweck ist, die Preise hochzuhalten. Das geschieht in der Weise, daß die Firmen den Umfang ihrer Beschäftigung anmelden, dementsprechend die Arbeit verteilt wird. Wenn die Preise durch ein Ueberangebot sinken, versucht man die Produktion zu drosseln, um auf diese Weise wieder die Preise in die Höhe zu treiben. Bei Ausschreibungen von Arbeiten sucht man den Anschein zu erwecken, als handle es sich um einen freien Wettbewerb, und selbständig von jedem Unter-

nehmer abgegebene Preise. Jeder Unternehmer gibt nämlich eine Offerte ab, die Offerten schwanken auch im Preise, so daß der Außenstehende glaubt, es tatsächlich mit der freien Konkurrenz zu tun zu haben. In Wirklichkeit haben sich die Unternehmer auf einen Mindestpreis verständigt, die anderen Unternehmer geben zwar gestaffelt höhere Preise ab, obwohl sie wissen, daß sie dann die Arbeit nicht erhalten. Diese Offerten nennt man Schutzofferten zugunsten eines anderen. Das geschieht aber nicht den anderen zuliebe, sondern weil dieser sich verpflichten muß, den ausfallenden Firmen hohe Abstandssummen zu zahlen. Diese sind natürlich in die Offerte einkalkuliert, verteuern also die Arbeit. Der Gesetzgeber will nun nichts anderes, als daß bei Abgabe von Offerten den Ausschreibenden, gleichviel, ob die Ausschreibungen von öffentlichen Stellen oder Privatpersonen ausgehen, davon Kenntnis gegeben wird, daß eine Verständigung vorliegt, natürlich auch unter welchen Bedingungen. Dagegen wehrt sich das Unternehmertum; es fürchtet, dann nicht mehr mit oft recht unmoralischen Mitteln auf eine Erhöhung der Preise oder wenigstens eine künstliche Hochhaltung hinwirken zu können. Es werden deshalb gegen das Gesetz die verschiedensten Einwendungen erhoben, die jedoch bei einer näheren Untersuchung nicht standhalten können. Man will sich nicht in die Karten sehen lassen, man will die Zwangswirtschaft im eigenen Lager beibehalten wissen, obwohl man sich sonst gegen die Zwangswirtschaft wendet.

Die Konsumenten verfolgen mit größtem Interesse diesen Kampf, der sich zwischen den Interessentenkreisen und der Regierung und den Parlamenten abspielt, sie erwarten von der Regierung, daß sie das Wort Preisabbau nicht nur im Munde führt, sondern auch endlich einmal ernsthafte Maßnahmen ergreift, die den Preisabbau bewirken können. Die Regierung darf dabei auch nicht vor Drohungen zurückschrecken, wie man sie von Unternehmenseite schon hört, daß sie dann ihre Betriebe ins Ausland verlegen. Selbst das freiheitliche Amerika geht in seiner Gesetzgebung in bezug auf die Trusts und Kartelle weiter, wie man in Deutschland geht. Auch in Amerika fordern heute die Behörden von den Unternehmern, die an Lieferungen beteiligt sind, hohe Kauttionen. Wenn sich nachträglich herausstellt, daß die Arbeitgeber an einem Ring beteiligt sind oder sich verabredet haben, verfällt die Kauttion. Der Regierung kann man nur zurufen: Landgraf, bleibe hart!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 14. bis 20. März 1926 der 12. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Teilzahlungen. Die starke Inanspruchnahme der Hauptkasse infolge der großen Arbeitslosigkeit erfordert dringend, daß die in den Zahlstellen eingehenden Beitragsgelder regelmäßig an die Hauptkasse eingekandt werden.

Verlorene Bücher. Nr. 213405, Ladislaus Milozewski; Nr. 222 586, M. Daubner; Nr. 281 265, Heinrich Jostkleigrewe; Nr. 300 971, Gust. Schaaße; Nr. 298 613, Fabisch; Nr. 185 644, Silbe Peger; Nr. 279 786, Joh. Horle; Nr. 276 770, Fr. Weigel; Nr. 277 305, Gerh. Stürmann; Nr. 190 511, Ladislaus Heppelant; Nr. 212 130, Johann Ruting; Nr. 116 906, Georg Sanger. — Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohn- und Tarifbewegung.

Aus der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes.

Auch nach dem Lohnabbau die Arbeitgeber noch nicht befriedigt!

Wie bereits an dieser Stelle ausgeführt, haben die Arbeitgeber der Uhrenindustrie und verwandter Industrien des Schwarzwaldes, einen Lohnabbau von 6 Pfg. in der Spitze ab 1. Januar verlangt. Der nach geschiterten Verhandlungen von den Arbeitnehmerorganisationen angerufene Schlichtungsausschuß Donaueschingen fällt einen Schiedspruch, wonach die Löhne um 2 Pfg. in der Spitze ermäßigt werden sollten. Dieser Schiedspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt, jedoch in der Folge vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Nun war voraussehen, daß, nachdem die Arbeitgeber dank der großen Zahl der Unorganisierten (hatten doch die Arbeiter in einem der größten und maßgebendsten Betriebe sich bereits zu 85% mit dem Lohnabbau von 6 Pfg. einverstanden erklärt) immerhin, wenn auch nicht in gewünschtem Umfange, zu einem Erfolge gekommen sind, sich damit nicht zufrieden geben würden. Prompt kündigte der Arbeitgeberverband auf 31. März 1926 das gesamte Kollektivabkommen, das vor kaum 10 Monaten abgeschlossen wurde. Man will also die günstige Gelegenheit benützen, um ganze Arbeit zu machen, wie die inzwischen den am Kollektivabkommen beteiligten Verbänden zugegangenen Abänderungsvorschläge zu einem neuen Abkommen, zur Genüge beweisen. Man ist jedoch angesichts der Verhältnisse in der Uhrenindustrie, die immer noch in einer geradezu katastrophalen Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft in Erscheinung treten, über die Wünsche der Arbeitgeber nicht erstaunt, auch wenn sie über das sonst übliche Maß hinausgehen. Sehr weitgehende Verschlechterungen sind der Arbeiterschaft zugebacht. Diese liegen insbesondere auf dem Gebiete der

Arbeitszeit, Streichung des Zuschlages von 10 Prozent für die Arbeitszeit über 48—52 1/2 Stunden, also Abschaffung des Achtstundentages; Herabsetzung aller Ueberlöhnezuschläge von 25 auf 15 Prozent und von 50 auf 30 Prozent; Reduzierung des Urlaubs um 2 Tage in der Spitze; Streichung der Urlaubsvergünstigungen bei Betriebswechsel für verheiratete Arbeiter über 25 Jahren; Verdoppelung der Ortsabstriche; Wegfall der Familienzulagen; Reduzierung der Akkordbasis auf 15 Prozent usw.

Es handelt sich somit also neben anderem, bei näherem Ansehen der Vorschläge der Arbeitgeber um eine erneute und zwar wesentliche Herabsetzung des Lohnkommens der Arbeiterschaft. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Arbeitgeber mit allen Mitteln auf eine willkürliche Lohnbildung in ihren Betrieben zustreben.

Nach den gerade in der letzten Zeit gemachten Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die Unternehmer mit zäher Energie an ihren Forderungen festhalten und kein Mittel unversucht lassen werden, dieselben durchzuführen. Dabei haben sie einen sehr guten Bundesgenossen in dem Teile der Arbeiterschaft, der auch heute noch trotz der bitteren Erfahrungen der letzten Zeit, dem Verbands gleichgültig gegenübersteht. Wollen wir also den erneuten Ansturm der Unternehmer in der Uhrenindustrie abwehren, wollen wir wieder ein Kollektivabkommen zustande bringen, welches den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft entspricht, dann müssen in den nächsten Tagen und Wochen die Unorganisierten mit allem Nachdruck auf das Gefährliche und Verfehlte ihres Verhaltens aufmerksam gemacht werden. Wir haben in einem früheren Artikel bereits darauf hingewiesen, daß, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Gleichgültigkeit verharrt, das erstere Vorgehen der Arbeitgeber nur ein Anfang sein wird und die letzten Dinge schlimmer sein werden als die ersten. Es scheint, als ob wir recht gesehen hätten. Zeigen wir deshalb gerade als Hohnarbeiter in der Uhrenindustrie, daß wir nicht gewillt sind, uns unberechtigter Verschlechterungen aufdiktiert zu lassen. Zeigen wir uns auch als Hohnarbeiter in der Uhrenindustrie unsern Kollegen in der Holzindustrie ebenbürtig. Arbeiten wir in den nächsten Tagen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln an der Stärkung unseres Verbandes, sowohl durch Gewinnung der Unorganisierten, als auch durch Bezahlung eines möglichst hohen Beitrages. Dadurch leisten wir uns selbst den besten Dienst. Wenn alle christlich organisierten Hohnarbeiter in den nächsten Tagen nach dieser Seite hin ihre Pflicht erfüllen, wird der Erfolg nicht ausbleiben und werden wir auch in der Uhrenindustrie wieder zu annehmbaren und geregelten Verhältnissen kommen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Beverungen. Am Mittwoch, den 10. Februar, fand in den Räumen des katholischen Sejjenshauses unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Söllner hielt die erschienenen Kollegen recht herzlich willkommen und wies in kurzen Worten auf die Bedeutung der Generalversammlung hin. Zunächst gab er dann einen kurzen Ueberblick über das letzte Geschäftsjahr und zeigte, daß auch im letzten Jahre durch die Gewerkschaftsarbeit mancher Erfolg erzielt werden konnte.

Der Kassierer Kollege Koch erstattete dann den Kassierenbericht für das Jahr 1925 und wurde ihm ohne Widerspruch Entlastung erteilt.

Kollege Erbert dankte allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern, welche im letzten Jahre für den Verband in selbstloser Weise gearbeitet haben. Die Vorstandswahl ergab, daß der Vorstand mit kleinen Änderungen wie bisher zusammengesetzt wurde. Dies bewies, daß die Mitglieder volles Vertrauen zu leitenden Personen der Zahlstelle haben, da einige davon ihr Amt seit Jahren innehaben.

Dann erhielt Kollege Erbert das Wort, um den Kollegen Aufklärung über die verschiedensten Vorkommnisse der letzten Zeit zu geben. Kollege Erbert gab zunächst Aufklärung über die Erwerbslosenstreiksache der Kollegen der Firma Rohberg und dem Herrn Landrat in Hötter. Er zeigte hier den Kollegen, daß ohne gewerkschaftliche Organisation die Kollegen auch in der Erwerbslosenfürsorge niemals zu ihrem Rechte kommen würden. Weiter betonte er, daß von Seiten des Verbandes alles getan würde, um die schöne Verfügung des Herrn Landrates von Hötter rückgängig zu machen. Durch das neu geschaffene Kreiskartell der christlichen Gewerkschaften könne auch auf die Zusammenziehung des Verwaltungsausschusses größeren Einfluß ausgeübt werden.

Dann beleuchtete Kollege Erbert die Stillungsanträge der Firma Buddenberg und Ernst Rose, Beverungen. Hier betonte er, daß auch die Vertreter der Aufsichtsbehörde nicht immer die notwendige Courage zeigten. Im Falle Buddenberg habe man den Vertreter unseres Verbandes geladen und habe dann der Gewerbeaufsichtsbeamte nicht den nötigen Mut gehabt, dem Herrn Chef der Firma klarzumachen, daß er das Recht habe, bei derartigen Verhandlungen den Vertreter der zuständigen Berufsorganisation an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Durch das robuste Auftreten des genannten Herrn hätte er sich einschüchtern lassen und somit von seinem Rechten nicht den notwendigen Gebrauch gemacht.

Ein weiterer Fall, der am gleichen Tage sich ereignete, zeigte ein anderes unerfreuliches Bild. Die Firma Rose hatte den Antrag auf Stilllegung gestellt. Bei den Verhandlungen hat sich nach den Ausführungen des Herrn Direktor ergeben, daß dieser Antrag nur eine vorübergehende Maßnahme sein sollte für den Fall einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Vom Vertreter unseres Verbandes sei darauf hingewiesen worden, daß eine Erlassung der Sperrfrist hier nicht angebracht sei. Trotzdem hätte man auf Grund der Sachlage die Sperrfrist erlassen. Eine Beschwerde an das Ministerium für Handel und Gewerbe sei abgegangen und könnte man gespannt sein, was die vorgesetzte Behörde zu diesen Dingen sagen würde.

Dann wurde noch ein weiterer Fall behandelt, wo ein Kollege, welcher 4 Kinder und eine kranke Frau habe, von der

Firma Rose entlassen worden sei. Man habe als Grund angegeben, daß man an der betreffenden Maschine keine Arbeit mehr habe. Bei der Verhandlung vor der arbeitsgerichtlichen Kammer stellt sich aber heraus, daß der wesentliche Grund doch gewerkschaftliche Betätigung war, indem der betreffende Kollege in einer Betriebsversammlung gegen die Leistung von Überstunden ohne Vergütung gesprochen hatte. Die arbeitsgerichtliche Kammer habe aber den Einspruch abgewiesen mit der Begründung, daß die Weiterbeschäftigung des Klägers der Firma nicht zugunsten werden könne. Das Einzigartige bei dieser Entlassung sei, daß der betr. Kollege der einzige von den entlassenen Arbeitern ist, der verheiratet war.

Des Weiteren ging Erbert noch auf die Lohn- und Tarifverhältnisse ein und konnte feststellen, daß im letzten Jahre in der Lohngestaltung schöne Fortschritte gemacht worden sind. Durch 2 Schiedsprüche sei eine Lohnserhöhung von 13 1/2 Pfg. pro Stunde durchgeführt worden. Weiter zeigte sich aber auch, daß die Arbeitgeber in Boverungen im Lohnabbau nicht zurückstehen wollen. Bereits im Dezember fanden Lohnverhandlungen statt, wobei die Arbeitgeber einen Lohnabbau von 7 Pfg. die Stunde für den Hilfsarbeiter forderten. Der Schlichtungsausschuß Paderborn glaubte nun auf Grund Jogenannter volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten, einen Lohnabbau von 6 Pfg. für den Akkordarbeiter anzusprechen zu müssen, während für den Lohnarbeiter der alte Lohn bestehen bleiben sollte. Jetzt steht die Akkordbasis nur um 3 1/2 Pfg. die Stunde höher wie der Lohn des Hilfsarbeiters. Der Schiedspruch ist damals von uns abgelehnt worden und mußte in Anbetracht der Verhältnisse den Dingen freien Lauf gelassen werden. Hier liegt ein wesentlicher Konfliktstoff, der, wenn er nicht auf dem Wege der Verhandlungen beseitigt wird, zu einem Kampf führen muß. Aus all diesen Tatsachen ergibt sich für die Kollegen die unbedingte Pflicht, ihr gewerkschaftliches Können in Ordnung zu bringen und dafür Sorge zu tragen, daß auch alsbald der letzte Holzarbeiter dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter als Mitglied angehöre. Hier hätte jeder Kollege die Pflicht, bei der Werbearbeit mitzuwirken.

In der Aussprache wurde noch zu verschiedenen Fragen Stellung genommen. Kollege Söllner richtete einen warmen Appell an die Kollegen, sie möchten aus dem Gehörten die richtige Art und Weise ziehen und dafür sorgen, daß im Verlaufe des Jahres 1926 der letzte unorganisierte Holzarbeiter unserem Verbande zugeführt werde.

München. Am Samstag, den 27. Februar, hat die diesjährige Generalversammlung unserer Zahlstelle stattgefunden, die trotz der großen Arbeitslosigkeit, von der auch unsere Zahlstelle nicht verschont blieb, sehr gut besucht war.

Unser Geschäftsführer Kollege Rehle führte uns in einem ausführlichen Bericht nochmals an allen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Geschehnissen des vergangenen Jahres vorbei. Er führte dabei u. a. aus: Wirtschaftlich gesehen ergibt sich bei einem Überblick über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahre ein Bild, das nur sehr schwer die Bildung eines einheitlichen Urteils ermöglicht. In den zwei Jahren seit der Stabilisierung unserer Währung konnten die Folgeerscheinungen der Inflation nicht ganz überwunden werden.

Ausgesprochen pessimistischen Urteilen stehen durchaus optimistische Auswertungen hervorragender Wirtschaftler gegenüber. Als selbstverständlich soll anerkannt werden, daß ein Teil unserer Wirtschaft im vergangenen Jahre in eine immer härter sich auswirkende Krise hineingeraten ist. Diese Schwierigkeiten sind teils Folgen der Veränderung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt, teils haben sie innerdeutsche Ursachen zur Grundlage. In diesem Zusammenhang muß auch gesagt werden, daß es ein großer Teil des deutschen Unternehmertums im letzten Jahre nicht verstanden hat, die Zeit zu einer gründlichen Umstellung auf die veränderten inneren und äußeren Verhältnisse zu benutzen. Die noch Annahme des Damesgutachten hinsichtlich des Auslandskredits haben die bei der Überführung unserer Produktions- und Verteilungsapparates notwendige Reinigungsstufe hinausgezögert. Als es dann doch zur notwendigen Entwicklung kam, wurde leider manches Unternehmen auf in den Strudel hineingerissen, das bei richtiger Umstellung entsprechend dem vorhandenen Betriebskapital über die Schwierigkeiten hinweggekommen wäre.

Auf die Tatsache des Kapitalmangels braucht man hier nicht näher einzugehen. In dem Mangel an Betriebskapital kam die Schwäche des inneren Marktes — vor allem eine Folge der geringen Kaufkraft der arbeitenden Volksschichten — und die technische Rückständigkeit vieler Betriebe. Die mit dem Winter zunehmenden Schwierigkeiten wirkten sich in erster Linie auf dem Arbeitsmarkt aus, wodurch ein großer Teil der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter mit ihren Familien in eine außerordentliche Notlage geriet.

Im ganzen gesehen, darf nicht unbeachtet bleiben, daß der Gesamt-Binnenumschlag 1925 eine wesentliche Besserung erlangt hat, was bei der Beurteilung der Gesamtlage nicht unerwähnt ins Gewicht fällt. Einige Wirtschaftszweige hatten eine ausgezeichnete Konjunktur. Es ist deshalb falsch, in pessimistischer Beurteilung einen Untergang der deutschen Wirtschaft zu prophezeien.

Die Wirtschaftskrise 1925 bedeutet vielmehr die gewalttätige Rückführung des gesamten deutschen Produktionsapparates auf die zurzeit gegebenen Möglichkeiten der Produktion und des Absatzes.

Es ist zu hoffen, daß die Lehren, die aus der Entwicklung des vergangenen Jahres gezogen werden, die Grundlage für eine Besserung, wenn auch auf lange Sicht, gelegt haben, so daß man der Zukunft nicht hoffnungslos entgegen zu blicken braucht.

Der Gewinnung neuer Mitglieder wurde im vergangenen Jahre die größte Sorgfalt gewidmet. Es konnten einer ganzen

Anzahl tätiger Kollegen Anerkennungen für 5, 10 und mehr Aufnahmen überreicht werden. In der Gewinnung der Lehrlinge muß es im kommenden Jahre noch wesentlich besser werden. Immerhin kann gesagt werden, daß die Mitgliederzahl trotz der schlechten Geschäftslage auch im vergangenen Jahre gesteigert werden konnte. Eine noch größere Anzahl unserer alten, erfahrenen Kollegen muß sich vor allem der Jugendbewegung für Sachvorträge zur Verfügung stellen.

Auch in finanzieller Beziehung wurden sowohl bei den Zentral- wie bei den Lokalausschüssen gute Fortschritte gemacht. Der 1/2 Stundenlohn-Beitrag ist in der Zahlstelle restlos durchgeführt.

Es wurde im vergangenen Jahre in ca. 80 Versammlungen und Sitzungen zu den schwebenden, die Arbeiterschaft berührenden Fragen Stellung genommen. Schwere Kollegen haben an dem vom Ortskartell der christlichen Gewerkschaften veranstalteten wirtschaftspolitischen Unterrichtskurs teilgenommen. Die Zahlstelle zählt 60 Bezirke unserer neuen Fachzeitschrift „Handwerk und Holzgewerbe“, ein Zeichen, daß die Kollegen große Wert auf ihre weiteren beruflichen Fortbildung legen.

In lohnpolitischer Beziehung wurde bei allen einschlägigen Berufen versucht, die materielle Lage unserer Kollegen zu verbessern, was auch teilweise gelungen ist. Die Schreiner haben im vergangenen Jahre einen erfolgreichen Kampf geführt, der für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von ausschlaggebender Bedeutung war. Die erzwungenen Lohnpositionen sind jedoch nicht unbestritten. Wir werden sie behaupten, darum wird der Kampf im kommenden Jahre gehen, wenn alle Kräfte im Verbände straff zusammengestellt, unsere Finanzen gut ausgegabt und starke werbende Kräfte nach außen entfaltet werden.

In der Generalversammlung konnte 3 Kollegen das Diplom für 25jährige treue Mitgliedschaft im Auftrage des Zentralvorstandes überreicht werden. Es sind das die Kollegen: Jos. Kastenmüller, Joh. Wederecker und Wendelin Reiser.

Bei der Neuwahl der Vorstandschaft wurden die bisher tätigen Kollegen fast einstimmig wiedergewählt. Hoffen wir, daß der gute Geist, der unsere Generalversammlung beherrschte, auch im kommenden Jahre erhalten bleibt und gute Früchte zum Besten der Kollegen und des Verbandes zeitigt. Wenn wir auch im neuen Jahre in altgewohnter Weise an unsere Arbeit gehen und daran denken, daß jedes Jahr ein Glied ist in der Kette, an der die Arbeiterbewegung sich höher zieht, um so auf die Höhe zu kommen, die ihr in einem Kulturland und in einem Volksstaate zukommt, dann wird uns auch das neue Jahr wieder ein Stück vorwärts führen auf dem Wege zu besseren Verhältnissen für die Arbeiterschaft.

S. R.

Kette. Unsere Generalversammlung, welche außerordentlich gut besucht war, nahm einen sehr stürmischen Verlauf auf Grund des Vorgehens der Arbeitgeber in der Holzindustrie, die in der jetzigen Zeit zu einem Lohnabbau streben.

Der Geschäftsbericht erstattete Kollege Schenke. Während des Jahres 1925 herrschte in der Zahlstelle reges Leben. Es wurden 10 Mitgliederversammlungen abgehalten, nebst den üblichen Vorstandssitzungen. Vorträge hielten unser Generalsekretär aus Dresden, außerdem Kollege Meyer. Unser verehrter Zentralvorsitzender Kollege Kurtzeich, Köln, behandelte die Zahlstelle im Anfang des Jahres. Zweck der Vorträge war, aufklärend und belehrend zu wirken. Der Bericht wurde allgemein befriedigend. Die Lokalkrankengeldkassen hat sich gut gehalten und so manchem Kollegen in den Tagen der Krankheit gute Dienste geleistet. 1925 war ein hartes Jahr gewerkschaftlicher Kämpfe, und unsere Kollegen haben dem Verbände die Treue gehalten, nur aber erst recht, nachdem die Absichten der Arbeitgeber uns bekannt wurden.

Den Kassabericht gab unser alter Kassierer Kollege Maun. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, wie schwankend die Einnahmen waren im Laufe des bestanden Kampfes. Die Revisoren hatten die Kasse stets in bester Ordnung befunden, und wurde dem Kassierer Entlohnung erteilt.

Kollege Rysak, welcher als Alterspräsident die Wahlen leitete, dankte dem alten Vorstande für seine Mühe und Arbeit im Interesse des Verbandes den Dank ab, und bat erneut dem Vorstande das Vertrauen auszusprechen, indem die Wahl per Akklamation vorgenommen wurde. Einstimmig wurde der alte Vorstand wiedergewählt, und gelobte, nun erst recht für den Verband zu arbeiten. Wenn uns auch alles genommen wurde, aber den Glauben an den Zentralverband christlicher Holzarbeiter können sie uns nicht nehmen, wissen wir doch zu genau, was es uns würde ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Anschließend hielt unser Generalsekretär Kollege Walter, Dresden, einen Vortrag über das Thema: „Die Arbeitgeber auf dem Marsch zum allgemeinen Lohnabbau“. Die gewünschten Ausführungen machten, und es zeigte sich in der folgenden Debatte, daß dieser Schlag im Interesse der Kollegen abgemehrt werden muß. Mit Recht wurde die Sabotage gegen die Preisabbaupolitik der Regierung unter die Lupe genommen und der Wunsch laut: Kauter mit den Preisen und dann erst Lohnherabsetzung.

Kollege Meyer dankte dem Referenten für seine Ausführungen und ermahnte alle Mitglieder, sie möchten in ihrem eigenen Interesse dem Verbände die Treue halten.

In der Sitzung I. S. d. h. unsere Verwaltungsstelle hielt am 26. Februar ihre Jahresversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Stille. Unsere Verwaltungsstelle hat sich trotz des kargen Lebens, auf dem wir hier arbeiten, gut entwickelt. Dank dem Opfergeist u. der Gesinnung der Mitglieder kann unser junges Vermögen im höchsten Grade auf die Überdauerbarkeit mit sich zurückführen. Einer unserer Besen ging aus durch den Tod verloren, dessen Taten wir in Ehren halten. In unserer Mitglieder-

lungen hielten Vorträge unser Generalsekretär, sowie die Kollegen Schneider von den Metallarbeitern und Jungnickel von den Textilarbeitern. Die Vorträge befaßten sich mit Gewerkschaftsfragen, inneren Verbandsangelegenheiten, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zwei Lohnbewegungen konnten mit Erfolg für uns erlangt werden.

Den Kassabericht gab Kollege Rimpf, und entrollte er uns dabei ein Bild über die Kassenverhältnisse des Jahres 1925. Die Kasse wurde geprüft und in bester Ordnung befunden.

Einstimmig, per Akklamation, wurde Kollege Scharf wieder als erster und Kollege Salbrunn als zweiter Vorsitzender gewählt. Die Kassenführung blieb in den bewährten Händen unseres alten Kassierers Kollegen Rimpf, ebenso auch der Schriftführerposten. Als Kassenträger fungieren die Kollegen Streit und Berner. Erhöhter Überlastung und Kranklichkeit nahmen einige Mitglieder erneut die Vorstandsposten auf sich, was besonders anzuerkennenswert ist.

Da Zeit zum vorgemerkten Vorträge nicht mehr übrig blieb, behandelte Kollege Walter, Dresden, noch die Betriebsratswahlen, sowie die neue Regelung der Steuer des Jahres 1925 sowie 1926.

Mit einem Schlußwort an die Kollegen schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Rundschau.

■ Zwei Urteile über die Bodenreform. Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine hat jüngst in Berlin eine Kundgebung gegen die Bodenreform, die mit einer Entschließung ihren Abschluß fand. Es heißt in der Entschließung:

„Drohendes Unheil muß daraus der deutschen Wirtschaft erwachsen. Abwenden läßt es sich nur, wenn sich die Volksvertreter mit voller Entschiedenheit allen Vorschlägen entgegenstellen, die wohnungs-, stadtbauliche und sonstige allgemeine Ziele als Deckmantel für eigentumsfeindliche Bestrebungen mißbrauchen.“

Um dieselbe Zeit hat der Führer der deutschen Bodenreformbewegung, Adolf Damalschke, von der medizinischen Fakultät der Berliner Universität, die Auszeichnung eines Doktors der Medizin ehrenhalber erhalten, nachdem er bekanntlich bereits früher von der Universität Münster die Würde eines Doktors der Rechts- und Staatswissenschaften und von der Universität Siegen die Würde eines Ehrendoktors der Theologie verliehen erhielt. Die neuerliche Auszeichnung des Führers der deutschen Bodenreform bedeutet nicht nur die Anerkennung einer Persönlichkeit, als vielmehr der Gedanken, die durch diese Persönlichkeit getragen werden. Für die Wertschätzung der Bodenreform ist der Wortlaut der Urkunde der Medizinischen Fakultät Berlin bezeichnend. Es heißt dort, daß dem sehr berühmten und sehr gelehrten Adolf Damalschke, dem tatkräftigen und hochberghen Manne, der das Heil von Vaterland und Volk zu mehren unermüdet bestrebt ist, der nicht nur glänzende Werke über die Bodenreform verfaßt hat, deren Versuche sich praktisch bewährt haben, sondern auch, da er mit genialem Scharfblick erkannt hatte, daß die verderblichsten Volkskrankheiten durch das Wohnungselend vor allem genährt und verbreitet werden, sich die größten Verdienste erworben hat um die Pflege der öffentlichen Gesundheit und um die Bereicherung der Heilkunde, am 1. Dezember 1925 Würde und Auszeichnung eines Doktors der Medizin ehrenhalber übertragen wird.

■ Die Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern. Bei der Berechnung der Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern ist die Indexziffer der Länder mit sinkender Währung in Edelvaluta zu berechnen. Geschieht das, so findet man die bekannte Tatsache bestätigt, daß hier das Leben im allgemeinen billiger ist wie in anderen Ländern. In Frankreich lebt man z. B. 3 vom Hundert billiger als vor dem Kriege. Obwohl die nominelle Vertenerung 440 vom Hundert beträgt, ist der Propensatz bei Umrechnung des gesunkenen Frankenswertes nur 97 vom Hundert. In Italien beträgt allerdings die Indexziffer 120 vom Hundert. In Deutschland rechnet man wie in den meisten europäischen Ländern mit 146 vom Hundert. Dann folgt die Schweiz mit 168 vom Hundert, England mit 169 vom Hundert und Norwegen mit 193 vom Hundert. Norwegen ist demnach heute das teuerste Land der Welt.

Literarisches.

■ Die nichtsozialistische dichterisch lebende Jugend.

Der Unterzeichnete beobachtet, die dichterisch schaffenden jungen Arbeiter und Angestellten, soweit sie nichtsozialistisch sind, zu sammeln. Es gilt, die meist im geheimen sich auswirkenden Kräfte unserer künstlerisch tätigen Jugend ins Licht der Öffentlichkeit zu bringen. In diesem Zweck rufe ich alle, die es angeht, auf, mir Proben ihrer Schaffens einzu senden, die sorgfältig ausgewählt zu einer Sammlung vorzuzugestellt werden, die in Buchform erscheinen soll.

Vorset sind nur Gedichte erünscht, die sich eher nicht streng an den Vorwurf Arbeit, Industrielben etc. zu halten brauchen. Die Manuskripte wollen man einseitig, deutlich, wenn möglich mit der Maschine schreiben.

Der Einsendung von Manuskripten bitte ich, wenn in der Lage, Rückporto beizufügen.

Endtermin aller Einsendungen: 1. Mai 1926.
Sago Arbeit, Krag-Club, Siepenstr. 69.